

Antrag 4

Familien stärken

Vorbemerkung

Alle Kinder verdienen die gleichen Chancen im Leben. Die Unterstützung von Familien und Kindern in Deutschland ist vielfältig, aber offensichtlich unzureichend. Jedes fünfte Kind in unserem Land wächst in Armut auf. Im Saarland ist sogar mehr als jedes vierte Kind von Armut bedroht – deutlich mehr als im Bundesschnitt.

2022 waren laut aktuellen Zahlen der Bertelsmann-Stiftung 26 Prozent der Kinder im Saarland armutsgefährdet. Sie lebten in Familien, deren Einkommen weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens beträgt. Das Saarland liegt hier auf dem vierten Platz hinter Bremen, Hamburg und Nordrhein-Westfalen und über dem Bundesschnitt (21,6 Prozent). Im Regionalverband Saarbrücken lebten sogar 27 Prozent der Kinder unter 18 Jahren mit ihren Familien von staatlichen Transfers.

Hinzu kommt ein Mangel an Kitaplätzen: Im Saarland kann nur etwa jedes dritte Kind unter drei Jahren eine Kita besuchen, obwohl der Bedarf deutlich höher ist. Laut Bertelsmann-Stiftung fehlen im Saarland rund 6700 Plätze, davon allein im Regionalverband Saarbrücken 1000 Kita- und 1500 Krippenplätze. Dort ist die Betreuungslücke besonders hoch: 50 Prozent der Eltern wünschen sich einen Krippenplatz, aber nur 30 Prozent sind versorgt.

Für Kinder aus schwierigen Verhältnissen oder mit Migrationshintergrund ist ein Kitaplatz jedoch essenziell, um soziales Miteinander und Sprache zu erlernen und einen guten Schulstart zu erleben. Weil sie keinen Kitaplatz finden, wird vielen Müttern der berufliche Wiedereinstieg sowie Vätern im Erwerbsleben die Teilzeitarbeit erschwert. Dadurch werden Teilzeitarbeit und traditionelle Rollenbilder bei den Frauen zementiert und Altersarmut vorprogrammiert. Für Alleinerziehende ist eine bedarfsgerechte Kinderbetreuung ein wesentlicher Faktor, um einer existenzsichernden Erwerbstätigkeit nachgehen zu können. Diese ist Voraussetzung, um Kinderarmut zu vermeiden.

In einer Studie beziffert das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung DIW die gesellschaftlichen Kosten durch Kinderarmut mit über 100 Milliarden Euro pro Jahr. Das bedeutet: Investitionen in Bildung und in die soziale Infrastruktur zahlen sich aus, denn sie ersparen der Gesellschaft enorme Folgekosten, die durch Schulscheitern, Ausbildungsabbrüche, zu frühe chronische Erkrankungen und Integrationsprobleme junger Menschen entstehen. Kinder hingegen, die gut aufwachsen, brauchen weniger staatliche Unterstützung, haben bessere Chancen auf eine gute Ausbildung und ein höheres Einkommen, was sich in höheren Steuereinnahmen auswirkt. Die Stärkung von Familien ist eine Chance, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

Unsere Forderungen:

1. Familienfreundliche Rahmenbedingungen schaffen und Kitaplätze ausbauen

Neben einer wirksamen Kindergrundsicherung auf Bundesebene müssen Landesregierung und Kommunen ihren Teil dazu beitragen, Familien zu stärken: Nötig ist aus Sicht des VdK ein **zügiger und bedarfsgerechter Ausbau der Kitaplätze mit ausreichender Personalisierung**. Die bürokratischen Hürden zum Bau von Kindergärten müssen abgebaut und Unternehmen bei der Einrichtung von betriebsnaher Kinderbetreuung unterstützt werden.

Die **Betreuungszeiten** sind so anzupassen, dass der **Bedarf von Menschen im Schichtdienst gedeckt wird – gerade Alleinerziehende** sind hier stark eingeschränkt. **Gebundene Ganztagsgrundschulen** können der Bildungsungleichheit entgegenwirken und ihr zügiger Ausbau ist auch zur **besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie** unverzichtbar.

Da familiäre Armut oftmals mit Einschränkungen der Kinder in der Ernährung einhergeht, ist ein regelmäßiges, durch Kita und Schule sichergestelltes, kostenloses und warmes Mittagessen notwendig. Durch **beitragsfreie Busfahrten und aktivierende Nachmittags- und Ferienangebote**, die zeitlich für **Berufstätige attraktiv** sind, können weitere **familienfreundliche Rahmenbedingungen** geschaffen werden. Damit entsprechende Angebote auch bekannt und genutzt werden, setzen wir uns für eine **zentrale, digitale Sammel-Plattform** ein, auf der alle Angebote landkreisweit veröffentlicht werden.

2. Zielgerichtete Investitionen in die soziale Infrastruktur stärken die Familie vor Ort

Aus Sicht des VdK muss die **Stärkung von Familien auch auf kommunaler Ebene** erfolgen. Wo es notwendig und sinnvoll ist, soll bereits in Kitas und Grundschulen ein Lotsendienst zur Verfügung stehen, der Eltern und Alleinerziehende über **familienpolitische Leistungen proaktiv informiert**. Damit soll verhindert werden, dass Familien aus Unkenntnis oder Überforderung Leistungen nicht abrufen, die ihnen zustehen. Als Best-Practice-Beispiel sei hier der Muster-Flyer der Familienkasse („Finanzielle Familienleistungen auf einen Blick“) genannt, der bundesweit für alle Landkreise individuell angepasst werden kann und der einen Überblick über alle familienpolitischen Leistungen inklusive zuständiger Behörde bietet.

Um Nachteile auszugleichen und Eltern bei Erziehungsfragen zu unterstützen ist in besonders belasteten Quartieren eine **Ausweitung der Gemeinwesenarbeit** dringend geboten. Die Finanzierung von Einrichtungen wie Kinderhäusern muss nachhaltig gesichert werden statt auf Spenden zu basieren.

3. Freiräume für Kinder und Jugendliche

Kinder und Jugendliche brauchen in den Kommunen eine Freizeitinfrastruktur, wo sie sich treffen, erholen und ausprobieren können. Städte und Gemeinden im Saarland sind aufgefordert, Einrichtungen wie Spielplätze, Skateranlagen, Schwimmbäder, Jugendzentren, Bibliotheken, und Jugendkulturangebote vor- und instand zu halten. Wichtig ist auch die finanzielle Förderung von Vereinen mit Kinder- und Jugendarbeit.

Ein besonderer Fokus sollte auf **Alleinerziehende** gelegt werden, die im Saarland ein hohes Risiko für Armutsgefährdung haben – fast jede zweite Familie ist betroffen. Sie brauchen **zuverlässige Betreuungsangebote** und passgenaue Möglichkeiten zur Nachqualifizierung sowie Aus- und Weiterbildung.

4. Versorgung schwerbehinderter Kinder

Bei der Versorgung und Betreuung (schwerst-)pflegebedürftiger Kinder und Jugendlicher dürfen Eltern nicht allein gelassen werden. Im Saarland fehlt eine kompetente Stelle, die die Familien umfassend über Leistungen und unterstützende Dienste informiert. Hinzu kommt, dass es immer

83 schwieriger wird, einen auf **Kinderkrankenpflege spezialisierten Pflegedienst** zu finden und es ei-
84 nen erheblichen Mangel an Fachkräften gibt, sodass der genehmigte zeitliche Anspruch auf häusli-
85 che Versorgung nicht mehr eingelöst werden kann. Zudem gibt es im Saarland zu wenig **Kurzzeit-**
86 **pflege-Plätze für Heranwachsende**. Diese müssen dringend ausgebaut werden, damit die Familien
87 auch außerhalb von Kinderhospizen über mehrere Tage entlastet werden können.

88 Für Kinder, die nicht intensivmedizinisch betreut werden müssen, gibt es **zu wenig niedrigschwel-**
89 **lige Entlastungs- und Betreuungsangebote**. Die Folge ist, dass Eltern ihre Erwerbstätigkeit stark
90 einschränken müssen, was sich nicht nur auf die Vereinbarkeit sowie die finanzielle Situation der
91 Familie auswirkt, sondern auch für die Wirtschaft einen Nachteil darstellt, da möglicherweise Fach-
92 kräfte dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen.

93

94 **Antragsteller**

95

96 Landesvorstand

97

98 **Empfehlung des Sozialpolitischen Ausschusses**

99

100 Annahme